

PRESSESPIEGEL

"Donaukraftwerk östlich von Wien"

Pressekonferenz der Verbundgesellschaft am 26.05.1993
und folgende Reaktionen

Kronen Zeitung,
Fr., 28.5.93

Freitag, 28. Mai 1993

POLITIK



Wiederbelebung

Klare Absage an Fremuths neue Hainburg-Pläne

Wien. - Massive Ablehnung schlägt dem kurz vor seiner Pensionierung stehenden Verbund-General Fremuth entgegen, der es „wagte“, nach vielen Jahren wieder laut über ein Donaukraftwerk in Hainburg nachzuden-

ken. Landwirtschaftsminister Fischler meinte, Fremuth solle die Realität zur Kenntnis nehmen. Nationalpark und Kraftwerk seien nicht machbar. Auch FPÖ und Grüne lehnen ein Kraftwerk östlich von Wien ab.

Salzburger Nachrichten,
Fr., 28. 5. 93

Fischler: Endgültige Absage an Kraftwerk Hainburg

Rauch-Kallat: Vorstoß der E-Wirtschaft unseriös

WIEN (SN, APA). „Ein Kraftwerk Hainburg wird es nicht geben. Es gibt keine Verträglichkeit zwischen den Plänen von Verbund-Generaldirektor Walter Fremuth und einem Nationalpark“, sagte Landwirtschaftsminister Franz Fischler am Donnerstag zur Ankündigung, 1994 werde die Verbund-Tochter Donaukraft ein neues Donaukraftwerk östlich von Wien beantragen. Fremuth solle „die Realitäten zur Kenntnis nehmen und sich ein anderes Hobby als die Errichtung eines Kraftwerkes Hainburg“ suchen, erklärte der Landwirtschaftsminister.

Fremuth hätte sich aus Sicht Fischlers „seine Aussage auch deshalb sparen können, da 1994 schon ein anderer Vorstand im Verbund-Konzern das Sagen“ haben werde. Ein Versuch, diesen zu präjudizieren, sei wenig sinnvoll und abzulehnen.

Umweltministerin Maria Rauch-Kallat bezeichnete den angekündigten Kraftwerksantrag des Verbund-Konzerns heute in einer Aussendung als „überflüssig und zudem inhaltlich unseriös“. Ziel und klarer Auftrag sei es, einen Nationalpark zu planen und zu errichten. Die

Eintiefung der Donau sei technisch auch ohne Kraftwerke machbar. Alle von Fremuth angeführten Projekte seien nach Überprüfung durch die Marchfeldkanal-Planungsgesellschaft dezidiert als nicht mit einem Kraftwerk vereinbar bewertet worden.

Der freiheitliche Energiesprecher Abg. Peter Rosenstingl sprach sich gegen sämtliche Kraftwerksprojekte stromabwärts von Wien aus; er bezeichnete den bevorstehenden Verbund-Antrag auf Strompreiserhöhung von acht Prozent als „Dolchstoß für die Wirtschaft“.

Der Bundessprecher der Grünen, Peter Pilz, erinnerte an ein Versprechen der Regierung gegenüber der Umweltbewegung, von einer „Betonierung“ der Donau bei Hainburg und Umgebung Abstand zu nehmen.

Verbund-General Fremuth und sein Vize Hannes Zach hatten am Mittwoch in der Bilanzpressekonferenz von zwei möglichen Varianten gesprochen, wobei Zach aus Kostengründen einer Einstufenlösung Engelhartstetten (17 Mrd. S) vor Wildungsmauer-Wolfsthal (25 Mrd. S) als zweistufiger Variante den Vorzug gibt.

Die Presse,
Fr., 28.5.93

Seite 16 / DIE PRESSE

Heftige Reaktionen auf Kraftwerkspläne an der Donau

WIEN (apa). Der Vorschlag der „Verbund“-Gesellschaft, die „Donaukraft“ werde 1994 den Bau eines Kraftwerkes an der Donau, entweder die Staustufe Engelhartstetten oder die zweistufige Variante Wildungsmauer/Wolfsthal, beantragen, löste gestern heftige Reaktionen aus. Emotionen verursachte zudem die Meinung des „Verbund“-Generaldirektors Walter Fremuth, die Staustufe Hainburg sei die „ökologisch und ökonomisch beste Variante“.

Dazu Landwirtschaftsminister Franz Fischler, der auch Chef der obersten Wasserrechtsbehörde ist: „Fremuth soll die Realitäten zur Kenntnis nehmen und sich ein anderes Hobby suchen als die Errichtung eines Kraftwerks Hainburg. Es gibt keine Verträglichkeit zwischen den Plänen von „Verbund“-Generaldirektor Walter Fremuth und dem Nationalpark.“ Fremuth hätte sich seine Aussage „sparen können, da 1994 schon ein anderer Vorstand im Verbund-Konzern das Sagen haben wird.“ Fremuth solle die neue Konzernleitung nicht präjudizieren.

Umweltministerin Maria Rauch-Kallat bezeichnete den angekündigten Kraftwerksantrag als „vollkommen überflüssig und inhaltlich unseriös“. Peter Pilz, Bundessprecher der Grünen, forderte von der Regierung, den Nationalpark zu beschließen und damit Klarheit zu schaffen.

Der Standard,
Fr., 28.5.93

Harsche Polemik gegen Verbundchef Fremuth aus allen Lagern

Protestwelle gegen Kraftwerk Hainburg

Die geplante Strompreiserhöhung dürfte Konsumenten nur teilweise und verzögert treffen

Wien - Mit seiner Ankündigung, im kommenden Jahr ein Donaukraftwerksprojekt „östlich von Wien“ einreichen zu wollen, hat der Vorstand des Verbundkonzerns eine Protestlawine losgetreten. Die zum Teil heftigen Kritiken mündeten in die Aussage, ein Kraftwerk Hainburg sei unvereinbar mit dem geplanten Nationalpark.

Unzufrieden zeigt man sich im Bundeskanzleramt über die Vorgangswiese von Verbundchef Walter Fremuth: Eine Pressekonferenz sei nicht der geeignete Ort, eine solche Sache zu lancieren, heißt es dort.

Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel will zuerst die Nationalparkplanung abwarten, bevor ein neues Donaukraftwerk errichtet werden könne. Gegen einen neuen Kraftwerksbau sei grundsätzlich nichts zu sagen. Doch im

Kerngebiet eines March-Donau-Thaya-Nationalparks gebe es keinen Platz dafür.

Ein „anderes Hobby als die Errichtung eines Kraftwerkes Hainburg“ empfiehlt Landwirtschaftsminister Franz Fischler dem Verbundchef. „Ein Kraftwerk Hainburg wird es nicht geben. Es gibt keine Verträglichkeit zwischen diesen Plänen und einem Nationalpark.“

Dies bezieht sich nicht nur auf den Standort Hainburg, sondern auch auf Engelhartstetten und Wolfsthal-Wildungsmauer, präzisierte ein Sprecher des Agrarministers auf Anfrage des STANDARD.

Umweltministerin Maria Rauch-Kallat bezeichnete das Vorhaben des Verbunds als „vollkommen überflüssig und zudem inhaltlich völlig unsensibel“. Grünen-Bundessprecher Peter Pilz und der Wiener Umweltstadtrat und SP-

Chef Michael Häupl wandten sich ebenfalls gegen die Wiederbelebung der Hainburg-Pläne. Und die Freiheitlichen erklärten, sämtliche Kraftwerksprojekte stromabwärts von Wien abzulehnen.

Für das geplante Donaukraftwerk werden derzeit zwei Varianten erwogen. Die mögliche Staustufe bei Engelhartstetten, nahe Hainburg, wird mit 17 Mrd. S veranschlagt. Als Alternative dazu gebe es ein zweistufiges Projekt vor Wildungsmauer-Wolfsthal, das Investitionen von 25 Mrd. S erfordert.

Billiger Donaustrom

Strom aus der Donau sei am billigsten, rechnete Fremuth vor. Eine Kilowattstunde (KWh) käme in der Erzeugung bei den schon bestehenden Kraftwerken auf 40 Groschen, bei neuen auf 1,20 S. Die Kosten von kalorischen Kraftwerken würden dagegen bei 1,60 S liegen.

Der von Fremuth angekündigte Antrag für eine Erhöhung des Strompreises in Höhe von acht bis neun Prozent dürften an die Verbraucher nur teilweise und mit zeitlichem Abstand weitergegeben werden. Wie berichtet, überlegt der Verbund noch, ob er im Juni oder erst gegen Jahresende den Antrag Wirtschaftsminister Schüssel vorlegen wird.

Daß die Verbraucher voraussichtlich nur einen Teil der höheren Tarife spüren werden, liegt an dem Umstand, daß die Landesgesellschaften ihren in Eigenregie produzierten Strom nicht verteuern, sondern „nur“ die Kosten für den Verbundstrom weitergeben werden.

So beziehen etwa die Wiener Stadtwerke die Hälfte ih-

res Stroms vom Verbund. Für den Rest hat Stadtwerke-Chef Karl Skyba keine Preiserhöhungsabsichten. An die oberösterreichische OKA liefert der Verbund 40 bis 50 Prozent des Stroms. OKA-General Josef Simbrunner: „Von der letzten Strompreiserhöhung von elf Prozent für Verbundstrom, haben wir nur 4,9 Prozent weitergegeben.“ (hau/agt)



Verbundchef Walter Fremuth hat sich mit seinem Hainburg-Vorstoß exponiert. Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel kann im Hintergrund die Lage sondieren. Foto: Greiner

FREITAG, 28. MAI 1993

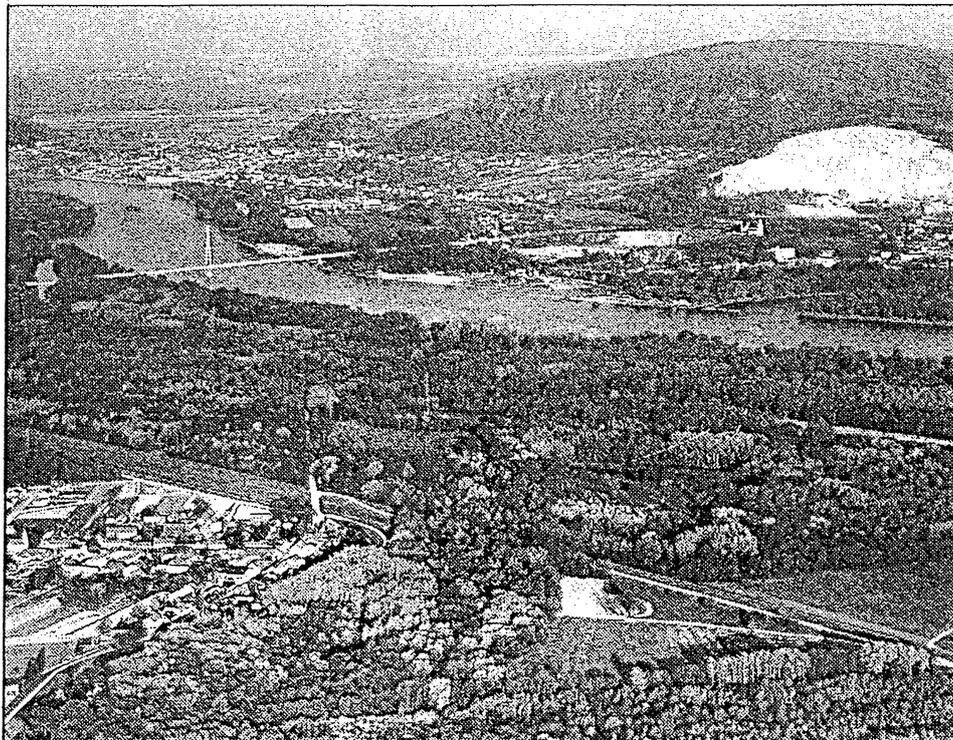


Bild: KURIER-Archiv

Das Tauziehen um Au oder Kraftwerk geht zum Entsetzen der Nationalparkplaner weiter

„Die Verbundgesellschaft verbreitet sachlich falsche Informationen“

Heftige Kritik an neuen Plänen für Donaukraftwerk östlich von Wien

Schwere Vorwürfe gegen die Verbundgesellschaft erhebt jetzt einer der prominentesten Wasserbauexperten Österreichs, Univ.-Professor Harald Ogris vom Institut für konstruktiven Wasserbau der Technischen Universität Wien. Er spricht von „demagogischen und sachlich völlig falschen Aussagen“ von Generaldirektor Fremuth und seinem Stellvertreter Zach zu einem weiteren Donaukraftwerk östlich von Wien. Seitens der Verbundgesellschaft war behauptet worden, ein Kraftwerk östlich von Wien sei vor allem wegen der fortschreitenden Eintiefung der Donausohle und des stetig sinkenden Grundwasserspiegels unabdingbar. Ogris zum KURIER: „Es ist völlig falsch zu behaupten, diese Probleme könnten nur mit einem Stauraum gelöst werden. Es gibt keinen Zweifel daran, daß die Eintiefung auch mit der Zugabe von grobem Schotter gestoppt werden

kann. Zahlreiche Untersuchungen beweisen das. Es geht nur mehr um die Optimierung des Verfahrens.“

Im Spätsommer soll bei Bad



Deutsch-Altenburg auf einer Teststrecke von 300 Metern das Verfahren erprobt werden. Ogris: „Die DOKW wendet unterhalb der Staustufe Freudenau genau dasselbe Verfahren an, um Löcher in der Flußsohle zu sanieren. Wenn das dort auf 200 Metern funktioniert, wird es auch auf 20 Kilometern klappen.“

Umweltministerin Maria Rauch-Kallat bezeichnete die

Ankündigung von Generaldirektor Fremuth, die Verbundgesellschaft wolle bereits 1994 einen Antrag für den Bau eines Wasserkraftwerkes östlich von Wien stellen, als „völlig unseriös“. Die genannten Varianten (Engelhartstetten sowie Wildungsmauer-Wolfsthal als Zwei-Stufen-Kraftwerk) seien mit einem Nationalpark unvereinbar. Auch Landwirtschaftsminister Franz Fischler kritisierte als Chef der Obersten Wasserrechtsbehörde die Verbundgesellschaft: „Ein Kraftwerk bei Hainburg wird es sicher nicht geben.“ Wiens Umweltstadtrat Michael Häupl ist ebenfalls gegen ein Donaukraftwerk unterhalb von Wien. Gerhard Heilingbrunner vom Kuratorium „Rettet den Wald“ fordert eine Überprüfung der Planungen der Verbundgesellschaft durch den Rechnungshof: „Da werden sonst Millionen für Kraftwerke verplant, die nie gebaut werden dürfen.“ ERNST MAURITZ ■

Kurier, Fr. 28.5.83

Kraftwerkspläne östlich von Wien: Nationalpark hat für Politiker Vorrang

Droht neues „Hainburg“?

Verärgert reagieren die nö. Landespolitiker auf die „Wiederbelebungsversuche“ der Verbundgesellschaft für das Kraftwerk Hainburg (siehe auch S. 19). Landes-Vize Ernst Höger (SP) fürchtet eine neuerliche Eskalation wie im Jahr 1984: „Wenn sich jetzt wieder jeder in Extrempositionen festkrallt, sind wir bald dort, wo wir einmal waren.“ Sollte es tatsächlich zu einer neuen Polarisierung kommen, schlägt Höger eine Volksabstimmung vor. Für Diskussionen sei es jetzt aber viel zu früh, zuerst müsse die DOKW sagen, ob sie überhaupt dort bauen wolle. Und vor allem müsse die Nationalparkfrage

entschieden sein. Für Landeshauptmann Pröll hat bekanntlich der Nationalpark Vorrang.

Die Nationalpark-Planungsgesellschaft wird im Herbst ihren Bericht vorlegen. Eines steht für die Gesellschaft jetzt schon fest: Kraftwerk und Nationalpark vertragen sich nicht. Unter den vier Nationalpark-Varianten sind allerdings zwei sogenannte Minimalvarianten, die einen Kraftwerksbau zulassen würden – aber außerhalb des Nationalparkgebietes. Ein Kraftwerk bei Hainburg sei nicht einmal in die Untersuchungen einbezogen worden, und die Alternative Engelhartstetten sei mit einem Nationalpark unverein-

bar, so Chef-Planer Gerold Christian. Noch heuer muß der nö. Landtag entscheiden, ob und in welcher Form es einen Nationalpark geben soll.

Vorher sei ein Kraftwerk kein Thema, bekräftigt auch Naturschutzlandesrat Ewald Wagner. Im Gegensatz zu seinem Parteichef Höger läßt Wagner wenig Kraftwerks-Liebe erkennen: „Wenn die Sohlestabilisierung in der Donau (das Hauptargument der Kraftwerksbefürworter, Anm.) auch anders möglich ist, wäre mir das recht.“ Höger dagegen: „Eine Kombination aus energetischer Nutzung und Nationalpark wäre mir am liebsten.“ **M. RAUSCHER ■**

KURIER
DO, 27. Mai '93

Antrag auf Kraftwerksprojekt östlich von Wien wird Ende 1994 eingereicht

Verbund will Hainburg wiederaufleben lassen

Der Verbundkonzern wird 1994 ein Kraftwerksprojekt östlich Wiens bei der Obersten Wasserrechtsbehörde einreichen. Derzeit werden die Varianten Hainburg, Engelhartstetten und Wolfsthal/Wildungsmauer durchgerechnet.

Für die beiden Verbund-Generäle Walter Fremuth und Hannes Zach ist Hainburg nicht tot. Im Gegenteil. „Das ist gar keine Frage, daß wir ein Kraftwerk unterhalb Wiens bauen werden! Die Situation ist dramatisch. Will man die Bauern dort nicht gefährden, muß östlich von Wien etwas passieren“, betonte Zach am Mittwoch mit Nachdruck.

Der Bau eines Kraftwerks östlich der Bundeshauptstadt sei durch das bedrohliche Absinken des Grundwasserspiegels und der ständigen weiteren Sohleintiefung der Donau unabwendbar, argumentiert der Verbund-Vorstand, der eine Symbiose zwischen Kraftwerk und Nationalpark für machbar hält.

Derzeit werden alle drei möglichen Varianten hausintern geprüft: die Ein-Stufen-Projekte Hainburg und Engelhartstetten sowie die Zwei-Stufen-Variante Wolfsthal/Wildungsmauer. Wobei Zach aus seiner Liebe zu Hainburg kein Hehl macht: „Hainburg ist ökologisch und wirtschaftlich nach wie vor das idealste Projekt.“

Bis 1994 sollen die Vari-

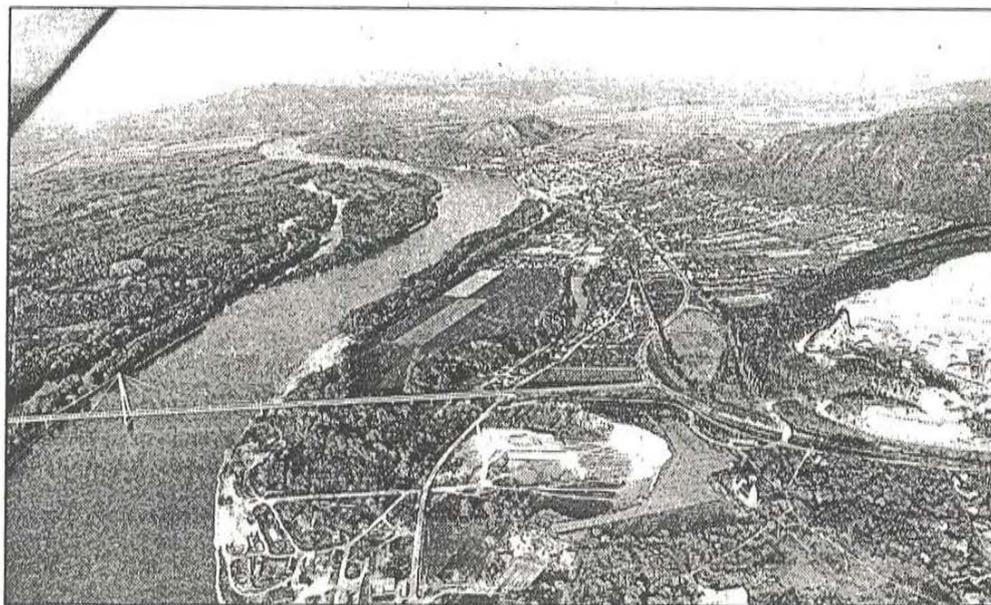


Bild: Bissuti

1986 wurde das Projekt Hainburg nach dem Aufstand der Umweltschützer abgeblasen

tenstudien ausgearbeitet sein, so daß das Projekt bis Jahresende 1994 bei der Obersten Wasserrechtsbehörde im Landwirtschaftsministerium eingereicht werden soll. Während die Ein-Stufen-Varianten auf heutiger Preisbasis rund 16 Mrd. S teuer sind, kommt Wolfsthal/Wildungsmauer auf 25 Mrd. S. Wunschvorstellung des Verbunds für eine mögliche Inbetriebnahme wäre schon 1996/97.

Die politischen Chancen auf eine Realisierung eines Projekts unterhalb Wiens schätzt Fremuth heute besser ein als 1986. Damals war Hainburg nach dem Aufstand der Umweltschützer ad acta gelegt worden: „Die Wahlen in Nie-

derösterreich sind vorbei, und die Wirtschaft hungert nach Investitionsaufträgen.“

Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel will noch zuwarten: „Zuerst muß das Nationalpark-Gutachten abgewartet werden, das Ende 1993 vorliegen soll. Klar ist allerdings, daß im Kerngebiet des Nationalparks der Bau eines Kraftwerks nicht möglich sein wird.“ Gegen einen neuen Kraftwerksbau sei grundsätzlich aber nichts zu sagen.

Auch für NÖ-Landeshauptmann Erwin Pröll hat der Nationalpark Vorrang: „Es kann nur eine Kraftwerksvariante mit Nationalpark-Verträglichkeit diskutiert werden. Eine solche Variante ist derzeit

nicht am Tisch.“ Der Grüne Energiesprecher Christoph Chorherr befürchtet einen mit dem Nationalpark unvereinbaren „umweltpolitischen Amoklauf“. Er erinnerte Bundeskanzler Vranitzky und Schüssel daran, daß „eine breite Umweltbewegung die Versprechen zum Nationalpark keineswegs vergessen hat“. FP-Energiesprecher Rosenstingl deponierte ein „absolutes Nein“.

Wie der KURIER bereits exklusiv berichtete, wird der Verbund noch heuer – voraussichtlich im Juni, spätestens zu Jahresende – einen Antrag auf Strompreiserhöhung um acht Prozent stellen.

ANDREA HODOSCHEK ■

DIE PRESSE
DO, 27. Mai 1993

Fremuth will Staustufe Engelhartstetten Heftige Kritik an den Kraftwerksplänen

WIEN (milo/mip). „Dieses Kraftwerk kommt sicher, daran führt kein Weg vorbei.“ So begründete gestern „Verbund“-Generaldirektor Walter Fremuth seinen jüngsten Kraftwerks-Vorstoß. Auf der Bilanzpressekonferenz eröffnete Fremuth gestern, daß die „Donaukraft“ 1994 den Bau eines Donau-Kraftwerkes östlich von Wien beantragen werde. Kommentar der Nationalparkplanner: „Dann gibt es keinen Nationalpark.“

Die konkreten Pläne der Verbundgesellschaft: entweder bei Engelhartstetten eine einfache Staustufe errichten zu wollen oder eine zweistufige Variante bei Wildungsmauer-Wolfsthal. Letztere sei allerdings erheblich teurer, die Stromausbeute läge bei 2000 Gigawattstunden. Fremuth begründete den Vorstoß mit der seines Erachtens zu erwartenden steigenden Nachfrage nach Strom. Der Bedarfsrückgang 1992 sei eine Ausnahme gewesen. „Am gescheitesten wäre Hainburg – ökologisch und ökonomisch“, meinten Fremuth und Zach unisono, „doch das darf man heute nicht einmal laut denken.“

Zum Nationalpark meinte Fremuth, daß ein Kraftwerk sicher „eingepaßt“ werde. Nachsatz: „Wenn der Nationalpark überhaupt kommt.“ Karl Rummerstorfer, Vorstandsdirektor der „Donaukraft“, die zu 95,2 Prozent ein „Verbund“-Tochterunternehmen ist, bestätigte: „Wir werden bei einer der nächsten Aufsichtsratsitzungen die Budgetmittel für Gutachten und Planungen bean-

tragen.“ Die Gesamtbaukosten werden für Engelhartstetten mit 17 Milliarden und für Wolfsthal/Wildungsmauer mit 25 Milliarden Schilling veranschlagt.

Sowohl „Verbund“ als auch „Donaukraft“ sind mit Kraftwerksplänen bisher nicht an die Öffentlichkeit gegangen, nachdem sich die beiden Unternehmen zu einem „Stillhalteabkommen“ verpflichtet hatten: Keine Kraftwerksplanungen und -vorstöße, solange die Nationalparkplanungen nicht abgeschlossen sind.

Rauch-Kallat: „Bruch des Stillhalteabkommens“

Darauf angesprochen, meinte Rummerstorfer gestern: „Ich gehe damit ja nicht an die Öffentlichkeit.“ Und weiter: „Wir werden auch an den Wirtschaftsminister herantreten.“ Es habe in der Vergangenheit keine Planungen gegeben, beteuerte Rummerstorfer. Studien, die im Vorjahr von Slowaken bereits in Angriff genommen worden seien, kenne er, Rummerstorfer, nicht. František Cizik, Mitarbeiter des Preßburger Instituts für Wasserbau, hatte 1992 behauptet, mit der „Donaukraft“ über Vorarbeiten für ein Kraftwerk Wolfsthal zu verhandeln. Rummerstorfer dann abschließend: „Jetzt, wo die Nationalparksache in ein entscheidendes Stadium geht, werden wir unsere Meinung deutlich sagen und auch untermauern.“

Umweltministerin Maria Rauch-Kallat meinte: „Das ist unglaublich. Ich halte das absolut

für unvereinbar. Es gibt entlang der Donau nur noch zwei unverbaute Strecken, die Wachau und die Auen östlich von Wien. Die müssen wir uns erhalten – auch aus Gründen des Tourismus.“ „Donaukraft“-Chef Rummerstorfer sei vor zwei Tagen bei ihr gewesen, habe die konkreten Varianten jedoch nicht vorgestellt. „Er hat mit nur gesagt, daß ganz allgemein geplant werde“, so die Ministerin. Sie werte diesen Verbund-Vorstoß als Bruch des Stillhalteabkommens.

Reinhold Christian, Chef der Nationalparkplanung, die vom Bund und vom Land Niederösterreich beauftragt ist, noch heuer einen Endbericht über den Nationalpark abzugeben, zeigte sich gestern verwundert: „Weder Engelhartstetten noch die zweistufige Variante Wildungsmauer-Wolfsthal sind Planungsvarianten. Unser Endbericht ist noch nicht fertig. Klar ist, daß bei Realisierung sowohl des einen als auch des anderen Kraftwerks der Nationalpark nicht zustandekommt.“

Christian, dessen „Österreichische Gesellschaft für Ökologie“ eine Energiesparstudie erstellt hat, plädiert fürs Sparen anstatt für den Neubau von Kraftwerken, deren Rentabilität erst nach vielen Jahren eintrete. „Dem Stromverbrauchszuwachs nachzurennen, ist ohnehin der falsche Weg.“ Der Bundesanteil für ein Kraftwerk (zwischen vier und sieben Milliarden Schilling) koste ein Vielfaches dessen, was für die Sohlstabilisierung veranschlagt wird.

STANDARD
Do, 27. Mai 1993

Kraftwerk Hainburg lebt wieder auf

Verbund will Staustufe „unterhalb Wiens“ 1994 einreichen – Vor neuem Preisantrag

Wien – Das Reizwort Hainburg verwendet Verbund-Chef Walter Fremuth nicht gerne, um nicht alte Fronten heraufzubeschwören. So

heißt es nun ein wenig kryptisch „unterhalb Wiens“. Die Beschreibung des erwünschten Donau-Kraftwerks zwischen Wien und der slowakischen Grenze. Im Jahre 1994 will die Verbundgesellschaft den Bauantrag bei der obersten Wasserrechtsbehörde im Landwirtschaftsministerium einreichen.

Als „ökologisch und wirtschaftlich“ besten Standort schwebt Fremuth weiterhin Hainburg vor. Doch eingedenk der Hainburg-Schlachten Mitte der 80er Jahre weichen die Verbund-Pläne auf Engelhartstetten aus. Als alternative Variante steht auch eine zweistufige Stau-Lösung bei Wolfsthal und Wildungsmauer zur Diskussion.

Anders sei das Sinken des Grundwasserspiegels in den anliegenden Gebieten und die damit verbundene Gefährdung der Landwirtschaft nicht zu verhindern, begründet Verbund-Vorstand Hannes Zach die Verbund-Pläne.

Der angestrebte Ausbau der Donau-Wasserkraft wird nicht nur mit dem Grundwasserspiegel argumentiert, sondern auch mit der Prognose eines jährlich um 2,3 Prozent steigenden Strombedarfs in den nächsten zehn Jahren.

Im Vorjahr jedoch kam es erstmals seit 1945 zu einem

Rückgang des Stromverbrauchs um 1,7 Prozent. Auch heuer rechnet Fremuth mit einem Anhalten dieser Tendenz vor allem wegen der Stilllegung der extrem stromintensiven Aluminiumproduktion in Ranshofen, obwohl in den ersten vier Monaten ein leichter Aufschwung um 0,2 Prozent festzustellen gewesen sei.

Dieses Jahr wird sich am Strompreis nichts ändern. Doch der Verbund wird im Juni oder gegen Jahresende bei Wirtschaftsminister Wolfgang Schüssel einen Tarifantrag in der Höhe „der akkumulierten Inflation der letzten zwei Jahre“, also um acht bis neun Prozent, einbringen, kündigte Fremuth an.

Genug Spielraum

Eine Tariferhöhung lehnt Arbeiterkammer-Volkswirt Dietmar Wenty derzeit ab. Man dürfe nicht von der allgemeinen Inflation ausgehen, sondern müsse speziell die preisstabile Entwicklung im Energiebereich (Erdgas, Erdöl und Kohle) beobachten. Auch die Ertragssituation des Verbunds lasse „Spielraum für ein Halten der Tarife“.

Die Verbundgesellschaft hatte 1992 einen Jahresüberschuß von 476 Mio. S erzielt. Zwar liege dieser um 366 Mio. S oder 43,4 Prozent unter dem Wert von 1991. Doch damals wären außerordentliche Erträge dazugekommen. Um diese bereinigt sei das Ergebnis 1992 um 21 Mio. S

oder 4,8 Prozent besser gewesen, sagte Fremuth.

Den Bilanzgewinn gab der Verbund-Chef mit 368 Mio. S an. Die Verbundgesellschaft wird wie für 1991 wieder eine Dividende von 16 Prozent für die Privataktionäre und acht Prozent für die Republik Österreich ausschütten.

Der Verbundkonzern (inklusive Tochtergesellschaften) kam auf einen Jahresüberschuß von 635 Mio. S. Die Konzerninvestitionen werden heuer von 4,1 Mrd. S auf 6,1 Mrd. S steigen.

Mitte Juli wird die Ausschreibung für die Neubesetzung des Vorstandes erfolgen. Anfang September sollten die Nachfolger von Fremuth und Zach feststehen. (hau)



Verbund-Chef Walter Fremuth geht mit dem Kraftwerk „unterhalb Wiens“ den Konflikt-Weg. Foto: Cremer

"KRONEN"
Do, 27. Mai 1993

Strom soll schon wieder um einiges teurer werden

Wien (m.s.).- Strom soll schon wieder teurer werden: Vielleicht im Juli, spätestens zu Jahresende will der Verbundkonzern eine Erhöhung um rund acht Prozent beantragen. Er beharrt auch auf dem Bau eines weiteren Kraftwerks östlich von Wien. Als Standort soll selbst Hainburg kein Tabu mehr sein.

Verbund-Boß Fremuth weist auf gestiegene Personalkosten und will zumindest die Inflationsrate für die letzten zwei Jahre abgegolten haben. Das würde einer Erhöhung um rund acht Prozent entsprechen. Obwohl die verantwortlichen Politiker wie Minister Schüssel oder Landeshauptmann Pröll stets betonen, die Errichtung eines Nationalparks entlang der Donau habe Vorrang, preschen die Strombosse jetzt mit der Forderung nach neuen Kraftwerken vor. Alle Varianten östlich von Wien werden ernsthaft geprüft

Verbund beharrt auf Ausbau der Donau

Antrag für Strompreiserhöhung spätestens Ende 1993

WIEN (SN-m. f.). Der Vorstand der börsennotierten teilprivatisierten Verbundgesellschaft (VG) hält weiterhin den Bau eines Donaukraftwerks östlich von Wien für notwendig. „Nationalpark und Kraftwerk sind durchaus vereinbar. Es wird ein Projekt eingereicht werden“, betont Generaldirektor Walter Fremuth und sein Stellvertreter Hannes Zach auf der Bilanzpressekonferenz.

Mit einer internen Entscheidung über die zu beantragende Variante sei Ende 1994 zu rechnen. Als möglicher Standort wird, weil das wirtschaftlich und ökologisch zwar nach wie vor als optimal erachtete, aber „vorbelastete“ Hainburg keine Chancen haben dürfte, Engelhartstetten genannt. Dort könnten zwei Mrd. Kilowattstunden (kWh) pro Jahr erzeugt werden, die Kosten würden etwa 17 Mrd. S betragen. Eine Alternative wäre eine — teurere — Zweistufenlösung (Wildungsmauer/Wolfsthal).

Begründet wird die Notwendigkeit eines Kraftwerks östlich von Wien mit der Bedarfsentwicklung sowie mit der Eintiefung der Donau und dem sinkenden Grundwasserspiegel. Diese Probleme könnten am vernünftigsten durch eine Stauhaltung und nicht durch eine „Pflasterung“ der Donau gelöst werden. 1992 ist zwar der Stromverbrauch (öffentliche Versorgung ohne Pumpstrom für die Speicher) auf Grund der Schließung der Aluminium-Elektrolyse Ranshofen um 1,7% gesunken. Aber ohne dieses Ereignis, das auch heuer noch einen Rückgang bewirken wird, hätte er stagniert. Im ersten Jahresdrittel 1993 ist der Verbrauch laut Fremuth um 0,2% gestiegen, und für die nächsten zehn Jahre rechnet die VG, gestützt auf Wifo-Prognosen, im Schnitt mit einem Bedarfszuwachs von 2,3% pro Jahr.

Deutlicher Anstieg der Investitionen

Wurden 1992 im Verbundkonzern 4,1 Mrd. S investiert — davon entfielen 2,3 Mrd. S in den Erwerb der steirischen STEG —, so sind heuer 6,1 Mrd. S geplant. Wichtigste Vorhaben sind das Donaukraftwerk Wien, die im Juli in

Betrieb gehende Gleichstromkupplung Wien-Südost, die vor dem Baubeginn stehende 380-Kilovolt-Leitung von Kaprun ins Zillertal samt Umspannwerk und die Modernisierung von Wärme- und Wasserkraftwerken. An der Salzach wurde mit dem Bau der Stufe Kreuzbergmaut begonnen. Im Leitungsbau hofft man auf baldige Genehmigung der 380-kV-Verbindung von Wien-Südost über das Burgenland in die Steiermark.

Anleihe mit bis zu 4 Mrd. S Volumen

Die Konzern-Investitionen 1993 von 6,1 Mrd. S wird man überwiegend aus dem Cash-flow finanzieren können. Zwecks Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital will die VG in sechs bis acht Wochen eine Anleihe (Volumen: bis 4 Mrd. S) begeben. Ende 1992 betrug die Eigenkapitalquote 28 (32)%.

Weil die letzte Tarifierhebung zweieinhalb Jahre zurückliegt, seither aber diverse Kosten gestiegen sind, eine Hochzinsphase zu verkraften war und der der VG zugeflossene Poolgewinn 1992 auf 406,5 (516,5) Mill. S gesunken ist, wird diese noch heuer — spätestens mit Jahresende — einen Strompreisantrag einbringen. Als „Richtwert“ nannte Fremuth rund 8%. Die von Wirtschaftsminister Schüssel ventilierter Ablösung der amtlichen Preisregelung durch eine Automatik mit Mißbrauchsaufsicht würde Fremuth begrüßen.

Im Geschäftsjahr 1992 sind die Umsatzerlöse im Verbund-Konzern um 9,2% auf 19,4 Mrd. S gestiegen. Der Cash-flow betrug 6,1 (5,7) Mrd. und der Konzernüberschuß 635 (602) Mill. S. Bei der VG sank der Umsatz wegen des Wegfalls von Ranshofen um 0,3% auf 17,5 Mrd. S und die Stromabgabe um 4,6% auf 29,4 Mrd. kWh. Der Jahresüberschuß verringerte sich auf 476 (842) Mill. S, der Cash-flow auf 1,6 (1,8) Mrd. S. Aus unverändert 368 Mill. S Bilanzgewinn bekommen die privaten Aktionäre wieder 16%, der-Mehrheits-eigner Bund wieder 8% Dividende. Der Personalstand betrug in der VG 1251 (1262), im Konzern 5674 (5341).